



Wie weiter mit Europa?

Eine Diskussion mit Dieter Grimm, Ulrich Halterm, Hans Joas, Ingolf Pernice, Ulrich K. Preuß, Gerhard Sabathil und Gunnar Folke Schuppert

Schuppert: Jüngst hat Ulrich Beck die deutsche Soziologie der Europablindheit bezichtigt.¹ Wir wollen mit dieser Veranstaltung diesen Vorwurf widerlegen und die EU als einen Herrschaftsverband sui generis in den Blick nehmen. Kommen wir also zunächst zur Frage der Verfassung: Der jüngst verstorbene Kollege Peter Glotz, der Mitglied des Verfassungskonvents war, hielt ein Scheitern der Verfassung für eine Katastrophe für die EU. Ralf Dahrendorf dagegen plädierte dafür, die Verfassungsfrage nicht so hoch zu hängen, schon weil damit gerechnet werden müsse, dass die Verfassung in einem Referendum scheitert.² Alle dachten damals natürlich an Großbritannien – und nicht an Frankreich und die Niederlande. Deswegen zunächst die Frage an den ehemaligen Verfassungsrichter: Herr Grimm, wie ist das nun mit der Europäischen Verfassung, wird das Thema zu hoch gehängt?

Grimm: Wenn ich mich zu entscheiden hätte zwischen den Positionen von Glotz und Dahrendorf, würde ich mich eher auf der Seite von Dahrendorf wiederfinden. Warum eigentlich das Verlangen nach einer Verfassung? Der Reformbedarf, den die EU zweifellos hat, weil sie für ihre neue Größenordnung und ihre veränderte weltpolitische Rolle nicht ausreichend gerüstet ist, erklärt es nicht. Er hätte ohne irgendeine Einbuße durch eine Änderung der gegenwärtigen Rechtsgrundlage, also der Verträge, gedeckt werden können. Rechtlich gesehen gab es also keinerlei Zwang, zur Verfassungsform überzugehen. Die wahren Gründe für eine Verfassung sind daher anderwärts zu suchen. Sie liegen auf der symbolischen Ebene. Eine Verfassung schien dem Konvent deswegen wünschenswert, weil er darin ein Mittel sah, die Entfremdung zwischen der EU und den Unionsbürgern zu überwinden und einer europäischen Identität näher zu kommen. Ich zweifle jedoch daran, ob eine Verfassung diese Hoffnungen hätte erfüllen können. Die Gründe habe ich an anderer Stelle ausführlich dargelegt.³

Dennoch halte ich das Scheitern des Verfassungsvertrages für bedauerlich, weil er verglichen mit der gegenwärtigen Rechtsgrundlage juristisch gesehen

* Das Gespräch fand am 8. September d.J. im Wissenschaftszentrum Berlin statt, aus Anlass des soeben im Nomos-Verlag erschienenen Bandes „Europawissenschaft“, an dem die Gesprächsteilnehmer maßgeblich beteiligt waren.

1 Vgl. Ulrich Beck, *Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert*; in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 34-35/2005, S. 3-11; vgl. auch Ulrich Beck und Edgar Grande, *Europas letzte Chance: Kosmopolitismus von unten*; in: „Blätter“, 9/2005, S. 1083-1097.

2 Vgl. das Gespräch mit Ralf Dahrendorf, *Europa und die Zukunft des Westens*, in: „Blätter“, 3/2005, S. 288ff.

3 Vgl. Dieter Grimm, *Integration durch Verfassung*, in: „Leviathan“, 4/2004, S. 448-463.

1448 Eine Diskussion

signifikante Verbesserungen gebracht hätte. Ohne den Verfassungsvertrag ist Europa sowohl für die Erweiterung als auch für die Vertiefung schlechter vorbereitet als mit ihm. Gleichwohl kann von einer Katastrophe keine Rede sein, denn die bestehende vertragliche Rechtsgrundlage der EU bleibt ja von dem Scheitern der Verfassung unberührt, und die notwendigen Änderungen lassen sich auf konventionellem Wege leicht in die Verträge einfügen. Wenn das Scheitern von vielen als Katastrophe empfunden und bisweilen auch in den Medien so beschrieben wird, hat sich die Politik dies selbst zuzuschreiben. Um die drohende Ablehnung zu verhindern, ist sie allzu leichtfertig mit dem Wort „Katastrophe“ umgegangen. Jetzt bekommt sie die Quittung dafür.

Vielleicht hat das Scheitern des Verfassungsvertrages sogar eine positive Seite: Ich glaube, dass wir heute klarer sehen, wo wir in Europa stehen. Es ist ja nicht so, wie viele Politiker in ihren ersten Reaktionen behaupteten, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht verstanden hätten, worum es ging. Vielmehr haben die Bürger, die in den Referenden mit Nein gestimmt haben, zum Ausdruck gebracht, dass sie mit der gegenwärtigen europäischen Entwicklung nicht in vollem Maße einverstanden sind, dass sie die *ever closer union*, wie man in Anlehnung an Amerika gerne gesagt hat, in dieser Form nicht wollen. Für die großen europäischen Ambitionen, für die der Verfassungsentwurf stand, fehlt im Augenblick die gesellschaftliche Basis. Deswegen wäre mein Rat, das Verfassungsexperiment vorerst nicht zu wiederholen, was aber eine fortschreitende Integration auf Feldern, wo sie notwendig und wünschenswert ist, keineswegs ausschließt.

Verfassung und Legitimität

Schuppert: War diese Verfassungsidee also bloß ein politischer Irrweg von verfassungsgläubigen Juristen, die meinen, ohne eine kuschelige Verfassung nicht leben zu können?

Grimm: Für mich ist die Verfassungsidee in der Tat ein Irrweg, vor allem aus einem Grund: Eine echte Verfassung würde nach meiner Auffassung die EU *nolens volens* in einen europäischen Bundesstaat verwandeln, weil damit das Bestimmungsrecht über Zweck, Form und Kompetenzen der EU von den Mitgliedsstaaten auf die EU und ihre Organe überginge. Damit hätte sie die Schwelle zum europäischen Bundesstaat überschritten. Wenn das aber tatsächlich die Konsequenz ist, scheint es mir berechtigt, von einem Irrweg zu sprechen, da ich weder sehe, wie eine selbstbestimmte Union demokratisch ausreichend legitimiert und verantwortet werden könnte, noch glaube, dass der Europäische Bundesstaat ein wünschenswertes Endziel der europäischen Integration wäre. Die Staaten werden zwar so schnell nicht verschwinden, sie sind aber die Form der politischen Vergemeinschaftung der Vergangenheit und nicht die der Zukunft. Dagegen kann man die EU mit gutem Grund als die bedeutendste politische Innovation des 20. Jahrhunderts bezeichnen. Verändert in einen Bundesstaat würde sie viel von der Attraktivität verlieren, die sie auch in anderen Regionen der Erde zu entfalten begonnen hat.



Schuppert: Herr Pernice, sehen sie das auch so?

Pernice: Von dem, was Herr Grimm zuerst gesagt hat, teile ich vieles. Dennoch meine ich nicht, dass das Projekt der EU-Verfassung zu hoch gehängt wurde, auch wenn es im Moment vielleicht so aussieht. Schaut man sich heute um, überwiegt – jedenfalls in Deutschland – eher das Jammern und die etwas hasenfüßige Vorstellung: Ach, dann lassen wir es doch, und leben wir doch weiter mit Nizza, und korrigieren hier und da Dinge, die unbedingt korrigiert werden müssen.

Ich möchte aber an das Jahr 2000 erinnern. Damals waren laut Umfragen ungefähr 70 Prozent der EU-Bevölkerung für eine Verfassung und auch in Großbritannien fast 50 Prozent. Auf zwei Regierungskonferenzen, Amsterdam und Nizza, bemühte man sich nachzuholen, was in Maastricht mit Blick auf die Erweiterung nicht geschafft worden war und was auch das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gefordert hatte: nämlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Institutionen auch bei 25 Mitgliedstaaten erstens effizienter arbeiten und zweitens demokratischer werden. Auf beiden Regierungskonferenzen ist dies nicht gelungen; erst der Konvent hat das geschafft. Und ich meine, dass der Durchbruch erst zustande kam, als man sich entschloss, einen Entwurf für einen Verfassungsvertrag zu fertigen. Mit diesem Projekt konnten sich viele identifizieren. Nun sieht es so aus, als wäre es schief gegangen. Würde die Verfassung deshalb wirklich zu hoch gehängt? Ich bleibe beim Nein, auch wenn die Kritiker im Moment stark im Kommen sind.

In meinen Augen sind Begriff und Idee der Verfassung auch nicht an den Staat gebunden. Obwohl bis heute der Begriff Verfassung im engeren Sinne, als rechtliche Grundordnung eines Gemeinwesens, nur für Staaten verwendet wurde, ist es, das ergeben diverse Analysen, durchaus denkbar, den Begriff der Verfassung von seiner Funktion her – also von dem her, um was es in Europa geht –, etwas weiter zu verstehen und damit auch für die EU anwendbar zu machen. Sie können natürlich fragen, wozu nennen wir das Ding dann überhaupt Verfassung? Vielleicht hätten die Franzosen und die Niederländer sogar zugestimmt, weil sie nicht gedacht hätten: Um Gottes Willen, da entsteht ja ein Staat. Man kann darüber sicherlich viel spekulieren.

Der Begriff der Verfassung ist jedoch deshalb so wichtig, weil damit auch in der Öffentlichkeit bewusster wird, um was es bei der EU eigentlich geht: zwar nicht um einen Staat, aber um eine Herrschaftsgewalt, die von den Bürgern her legitimiert sein muss, aber – schon heute – auch legitimiert ist. Diesen Gedanken deutlich zu machen, ist durch den Vertrag über eine Verfassung für Europa gelungen. Das bedeutet nicht, dass erst dieser Verfassungsvertrag die Legitimität schafft. Ich meine aber, die neue Diktion in dem Vertrag macht klarer, von wo allein die Legitimation für politische Herrschaftsmacht in Europa herkommen kann. Deshalb ist man mit dem Verfassungsentwurf nicht zu weit gegangen, sondern hat genau das Richtige getan. Vielleicht ist es aber so, dass dieser Bewusstwerdungsprozess eben seine Zeit braucht. Wir müssen deshalb jetzt daran arbeiten, dass die Verfassung eines Tages doch noch in Referenden, oder auch von den Parlamenten, gutgeheißen wird.

Schuppert: Sie sagen, die europäische Herrschaftsgewalt bedürfe der Legitimation durch die Bevölkerung. War die Erarbeitung der Verfassung durch den Konvent, also die nationalen politischen Führungen, ein geeignetes Verfahren, um diese Legitimation zu schaffen – oder bestand gerade darin der Irrweg?

Pernice: Hier kann ich eindeutig sagen: Nein, kein Irrweg. Der Konvent bereitete den Vertrag vor, Legitimation erhält die Verfassung erst mit der Annahme durch die nationalen Parlamente bzw. Referenden in den Mitgliedstaaten. Und wenn gerade in Frankreich im Vorfeld des Referendums sehr intensiv über die Verfassung debattiert wurde, dann zeigt dies, dass durch den Konvententwurf ein Prozess ausgelöst wurde, der in meinen Augen sehr wichtig ist, nämlich des „Sich-Bekanntmachens“ und des „Sich-Auseinsetzens“ mit der Idee Europa. Damit übernehmen die Bürger schrittweise die Mitverantwortung für Europa – das Votum war in Frankreich zwar negativ, aber der Prozess geht weiter.

Europäische Identität als offenes Projekt

Schuppert: Herr Grimm sagte, nicht juristische Gründe machten die Verfassung nötig, sondern symbolische, also Identitätsstiftung oder -verstärkung durch Verfassung. Was aber ist die europäische Identität, wenn es eine solche überhaupt gibt? Zu dieser Frage werden wir nicht nur durch das Scheitern der Referenden gezwungen, sondern auch durch die Frage des Beitritts der Türkei. Gibt es also eine kulturelle Identität Europas und ist diese verschieden von der Türkei; gibt es also tatsächlich „Clash-of-Civilizations“-Probleme?

Joas: Die Beschäftigung mit der europäischen Identität zwingt zur Auseinandersetzung mit der historischen Tiefendimension Europas, mit der europäischen Religions- und Kulturgeschichte. Wir sollten uns deshalb sehr stark davor hüten, die Beschäftigung mit der Frage einer europäischen Identität zu eng auf heute gegebene politische Zwecke hin auszulegen. Insbesondere zwei Zwecke drohen derzeit überhand zu nehmen, nämlich ein Abgrenzungszweck und so etwas wie ein Selbstbeherrlichungsinteresse.

Mit Abgrenzung meine ich natürlich, dass die Frage nach der europäischen Identität vor allem gestellt wird, um anderen das Gute, was man bei dieser Identitätsbestimmung Europas sich selbst zuschreibt, abzusprechen, den Turen oder den Amerikanern oder wem auch immer. Dadurch erhält die Debatte von Anfang an eine Schlagseite, und auf die Selbstbeherrlichungsfrage trifft dies erst recht zu. In einem großen Teil des Europa-Schrifttums klingt es immer so, als hätten ganz andere zum Beispiel den Totalitarismus und den Kolonialismus erfunden, oder als seien das lediglich Ausnahmen, die man durch einen deutschen Sonderweg oder den halb-asiatischen Charakter Russlands erklären könne. Wir müssen jedoch bei der heutigen Debatte über europäische Identität all das Schlechte, was aus Europa auch hervorgegangen ist, ganz ernst nehmen und nicht anderen zuschreiben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich versuchen, die Frage nach der Identität Europas in fünf kurzen Thesen auf den Begriff zu bringen. Erstens glaube ich,



ganz orthodox weberianisch, überhaupt nicht daran, dass Kulturen einander ausschließen oder dass Zivilisationen zusammenstoßen können. Und zwar aus einem ganz trivialen Grund: Kulturen handeln nicht. Es handeln nur Menschen. Entweder Individuen oder Kollektive, vielleicht Institutionen, aber ganz sicher nicht Kulturen. Und natürlich können Menschen auch zusammen handeln, ohne dass sie in den Werten oder Kulturen miteinander übereinstimmen, weil sie zum Beispiel bestimmte Interessen miteinander teilen. Darauf zu bestehen halte ich nicht für eine bloße Wortklauberei, sondern ich glaube wirklich, dass die Redeweise im Gefolge von Samuel P. Huntington, also vom Kampf oder Zusammenstoß der Kulturen, uns von vornherein auf einen falschen Pfad leitet. Wir ignorieren dann nämlich, dass es das Normalste der Welt ist – und historisch immer war –, dass Menschen Elemente aus ganz verschiedenen religiösen Traditionen kombinieren. Es ist einfach nicht wahr, dass es in Europa eine Geschichte des Christentums gibt, die völlig getrennt etwa von der Geschichte des Judentums oder der Geschichte des Islam abgelaufen wäre. So wird beispielsweise angenommen, dass Meister Eckhart stark von jüdischer Mystik beeinflusst war und der Heilige Franziskus von Assisi unter islamischem Einfluss stand. Es hat also in Europa, aber natürlich nicht nur in Europa, ständig die interessantesten Wechselwirkungen gegeben. Mehr noch: Die kulturelle Kreativität Europas hat gerade darin bestanden, solche Kombinationen durch Rezeption der unterschiedlichen Traditionen herzustellen.

Es gibt also, um mit einem soziologischen Begriff zu sprechen, die Möglichkeit der Generalisierung der Werte. Menschen können in anderen religiösen oder kulturellen Traditionen entdecken, dass diese etwas für gut halten, was wir auch für gut halten, obwohl wir es in einer völlig anderen Sprache ausdrücken. Für mich war zum Beispiel im vergangenen Jahr die Begegnung mit der buddhistischen Lehre vom „Buddha in uns selbst“ imponierend. Wenn ich es richtig verstanden habe, liegt der Bedeutungsgehalt dieses Ausdrucks gar nicht so fern von dem, was wir in der christlichen und jüdischen Tradition mit der unsterblichen Seele des Menschen meinen. Es gibt demnach keine hermetisch gegeneinander abgeschlossenen Kulturen, es sind immer konkrete Menschen, um die es geht. In diesem Sinn kann es natürlich keine europäische Identität als etwas Abgeschlossenes geben, sondern es kann nur Europäer geben, die sich unter bestimmten historischen Bedingungen in ein Verhältnis zur Vielfalt der eigenen Tradition und zu anderen Traditionen stellen.

Zweitens scheint mir für die Beschäftigung mit Europa ein Gedanke entscheidend zu sein, der wesentlich von Karl Jaspers stammt und in den letzten Jahren von Shmuel Eisenstadt ausgebaut wurde, nämlich der Gedanke, dass wir Europa nicht verstehen, wenn wir es nicht als eine achsenzeitliche Kultur begreifen.⁴ Damit ist gemeint, dass vor der Entstehung des Christentums, also im Judentum, ein Durchbruch zur Idee der Transzendenz stattfand. Demnach gibt es jenseits des Irdischen etwas ganz Anderes, von dem aus alles Irdische

4 Vgl. Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, München 1949; Shmuel N. Eisenstadt, *Die Achsenzeit in der Weltgeschichte*, in: Hans Joas und Klaus Wiegandt (Hg.), *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt a. M. 2005, S. 40–68.

ganz orthodox weberianisch, überhaupt nicht daran, dass Kulturen einander ausschließen oder dass Zivilisationen zusammenstoßen können. Und zwar aus einem ganz trivialen Grund: Kulturen handeln nicht. Es handeln nur Menschen. Entweder Individuen oder Kollektive, vielleicht Institutionen, aber ganz sicher nicht Kulturen. Und natürlich können Menschen auch zusammen handeln, ohne dass sie in den Werten oder Kulturen miteinander übereinstimmen, weil sie zum Beispiel bestimmte Interessen miteinander teilen. Darauf zu bestehen halte ich nicht für eine bloße Wortklauberei, sondern ich glaube wirklich, dass die Redeweise im Gefolge von Samuel P. Huntington, also vom Kampf oder Zusammenstoß der Kulturen, uns von vornherein auf einen falschen Pfad leitet. Wir ignorieren dann nämlich, dass es das Normalste der Welt ist – und historisch immer war –, dass Menschen Elemente aus ganz verschiedenen religiösen Traditionen kombinieren. Es ist einfach nicht wahr, dass es in Europa eine Geschichte des Christentums gibt, die völlig getrennt etwa von der Geschichte des Judentums oder der Geschichte des Islam abgelaufen wäre. So wird beispielsweise angenommen, dass Meister Eckhart stark von jüdischer Mystik beeinflusst war und der Heilige Franziskus von Assisi unter islamischem Einfluss stand. Es hat also in Europa, aber natürlich nicht nur in Europa, ständig die interessantesten Wechselwirkungen gegeben. Mehr noch: Die kulturelle Kreativität Europas hat gerade darin bestanden, solche Kombinationen durch Rezeption der unterschiedlichen Traditionen herzustellen.

Es gibt also, um mit einem soziologischen Begriff zu sprechen, die Möglichkeit der Generalisierung der Werte. Menschen können in anderen religiösen oder kulturellen Traditionen entdecken, dass diese etwas für gut halten, was wir auch für gut halten, obwohl wir es in einer völlig anderen Sprache ausdrücken. Für mich war zum Beispiel im vergangenen Jahr die Begegnung mit der buddhistischen Lehre vom „Buddha in uns selbst“ imponierend. Wenn ich es richtig verstanden habe, liegt der Bedeutungsgehalt dieses Ausdrucks gar nicht so fern von dem, was wir in der christlichen und jüdischen Tradition mit der unsterblichen Seele des Menschen meinen. Es gibt demnach keine hermetisch gegeneinander abgeschlossenen Kulturen, es sind immer konkrete Menschen, um die es geht. In diesem Sinn kann es natürlich keine europäische Identität als etwas Abgeschlossenes geben, sondern es kann nur Europäer geben, die sich unter bestimmten historischen Bedingungen in ein Verhältnis zur Vielfalt der eigenen Tradition und zu anderen Traditionen stellen.

Zweitens scheint mir für die Beschäftigung mit Europa ein Gedanke entscheidend zu sein, der wesentlich von Karl Jaspers stammt und in den letzten Jahren von Shmuel Eisenstadt ausgebaut wurde, nämlich der Gedanke, dass wir Europa nicht verstehen, wenn wir es nicht als eine achsenzeitliche Kultur begreifen.⁴ Damit ist gemeint, dass vor der Entstehung des Christentums, also im Judentum, ein Durchbruch zur Idee der Transzendenz stattfand. Demnach gibt es jenseits des Irdischen etwas ganz Anderes, von dem aus alles Irdische

4 Vgl. Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, München 1949; Shmuel N. Eisenstadt, *Die Achsenzeit in der Weltgeschichte*, in: Hans Joas und Klaus Wiegandt (Hg.), *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt a. M. 2005, S. 40–68.



eine spezifische Tradition zwar nicht der Toleranz, weil dieser Wert noch einmal eine eigene Geschichte hat, aber eine spezifische Tradition ertragener Differenz und des Pluralismus; drittens, mit Max Weber, die Entstehung des praktischen Rationalismus der Weltbeherrschung; viertens eine reflexive Einstellung zu Innerlichkeit, also eine ständige Spannung zwischen der Hochschätzung der Innerlichkeit und ihrer Relativierung durch ihre handlungsgefährdenden Züge; fünftens die mit dem 15./16. Jahrhundert einsetzende Hochschätzung des Alltags gegenüber der Sakralisierung bloß des Nicht-Alltäglichen, sechstens, als jüngste Entwicklung ab dem 18. Jahrhundert, die Erfindung des Wertes der Selbstverwirklichung, der für die heutigen kulturellen Bewegungen jedenfalls seit den 60er Jahren zentral ist, und siebtens die Relativierung all dieser Werte durch die Geschichte von Kolonialismus und Totalitarismus.

Und schließlich der fünfte und letzte Punkt: Diese spezifischen Werte Europas sind nicht eine sich selber gleich bleibende und sozusagen immer weiter bestehende Quelle, sondern es gibt eine Wechselwirkung zwischen rechtlichen und politischen Normierungs- und Institutionalierungsversuchen, wie sie zum Beispiel in der EU und ihrem Verfassungsprojekt stattfinden. Jeder derartige Normierungsversuch ist hochgradig selektiv gegenüber der europäischen Wertegeschichte, hebt bestimmte Werte heraus und erklärt sie für fortsetzenswert, während er andere negiert. Die Potentiale, die in Europa stecken, auch die Gefahren in seinen kulturellen Traditionen, sind aber viel breiter. Ein gelungener europäischer Institutionalierungsprozess kann zum Selektieren des Positiven in dieser Kultur-, Religions- und Wertegeschichte führen. Sein Scheitern kann aber, im schlimmsten Fall, auch zu einer neuen Mobilisierung all dessen führen, was Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so schrecklich dominiert hat.

Der politische Charakter Europas

Schuppert: Vor dem von Herrn Joas gezeichneten Hintergrund der kulturellen Identität Europas die Frage an Sie, Herr Preuß: Wie ist die politische Identität Europas, als politische Union, beschaffen?

Preuß: Ich möchte an den zentralen Gedanken von Hans Joas anknüpfen. Ich stimme seiner Warnung ausdrücklich zu, die Identität Europas gleichsam kulturalistisch zu verkürzen und sie mit bestimmten Werten oder Traditionen zu identifizieren, die exklusiven Charakter haben, der andere Kulturen ausschließt. Im 21. Jahrhundert, einer Zeit durchlässiger kultureller und kommunikativer Grenzen, hat diese Vorstellung einer spezifischen kulturellen Identität Europas aus meiner Sicht etwas Regressives an sich – was allerdings nicht ausschließt, dass Europa spezifische gemeinsame Merkmale hat, die seine Geschichte bestimmen, was Hans Joas ja ebenfalls betont hat. Für die politische Identität gilt dieser Vorbehalt genauso. Sich vorzustellen, dass Europa eine politische Identität in einem substanzialistischen Sinne besitzt, die es von anderen Regionen dieser Welt unterscheidet, ist aus meiner Sicht ein Irrweg.

Wenn wir von Europa als einer politischen Gemeinschaft sprechen, müssen wir zunächst einmal die Stoffrichtung des Identitätsbegriffs verändern. Derzeit existieren zwei Interpretationen, die für Europa zu Recht unbestritten sind, nämlich dass Europa auf der einen Seite eine Rechtsgemeinschaft und auf der anderen eine Wirtschaftsgemeinschaft ist. In beiden Fällen handelt es sich gewissermaßen um „unpolitische“ Qualifizierungen Europas.

Dagegen gilt es, den politischen Charakter Europas zu betonen. Das ist genau die Schwierigkeit, vor der wir heute stehen. Anders als Herr Grimm glaube ich deshalb schon, dass der Begriff der Verfassung und der Verfasstheit nicht nur symbolische Bedeutung hat, sondern das Signum einer politischen Qualität Europas ist. In anderen Worten: Wenn man die politische Qualität Europas als Union anerkennen will, also mehr will als nur eine Wirtschafts- oder Rechtsgemeinschaft, kommt man um die Idee der Verfassung als gleichsam rationalisierte Ausdrucksform dieses politischen Charakters Europas nicht herum. Was nämlich ist der politische Charakter Europas? Es wird ihnen vielleicht etwas trivial erscheinen, aber ich glaube, eine Gemeinschaft ist dann politisch, wenn sie im Grunde zwei elementare Bedürfnisse der in einer Gemeinschaft organisierten Menschen befriedigt, nämlich erstens Sicherheit und zweitens Wohlfahrt. Dass dies nicht trivial ist, zeigt sich daran, dass nach meiner Interpretation das Scheitern der Referenden keineswegs damit zusammenhängt, dass den Menschen die Idee der Verfassung nicht gefallen hat, sondern dass die politische Qualität Europas vernachlässigt wurde. Diese Verfassung verfehlt ihren Auftrag, nämlich den politischen Charakter Europas zum Ausdruck zu bringen, also für Sicherheit und Wohlfahrt zu sorgen. Das haben die Leute fast instinktiv empfunden und deswegen die Verfassung scheitern lassen.

Das Ziel, Sicherheit und Wohlfahrt der Individuen zu organisieren, hat im 17. Jahrhundert dazu geführt, dass der Staat als souveräner Gebietsverband die spezifische Form des Politischen in Europa geworden ist. Heute kann der Nationalstaat diese Leistung nicht mehr erbringen. Deshalb müssen andere Formen gefunden werden, um Sicherheit und Wohlfahrt der auf diesem Kontinent lebenden Bevölkerung zu gewährleisten. Der nostalgische Rückzug auf das Prinzip des Nationalstaates, weil die Menschen dort ihre Identität hätten, ihre Sprache sprechen und ihre Nachbarn kennen, ist ein Irrweg, weil er verkennt, dass Europa heute eine existenzielle Notwendigkeit für die Gewährleistung von Sicherheit und Wohlfahrt ist.

Hinzu kommt ein zweiter Punkt: Wenn wir von europäischer Politik sprechen, bedeutet dies, dass sie dem humanen Anspruch der europäischen Zivilisation entsprechend organisiert ist. Politik ist in diesem Sinne gerade nicht der bloße Vollzug einer Sachgesetzlichkeit, sondern sie ist stets etwas Umstrittenes und muss auch streitbar organisiert sein. Und die Politik der EU ist in der Tat umstritten, aber sie ist nicht adäquat organisiert. Sie ist insofern umstritten, als es unterschiedliche Alternativen gibt, wie sich Europa entwickeln kann, und weil es – je nach Entscheidung – Gewinner und Verlierer gibt. Organisatorisch erfolgt auf europäischer Ebene aber allzu oft der bloße Vollzug des in den Verträgen niedergelegten Programms der negativen Inte-



gration. Wenn heute im Vertragsentwurf ausdrücklich steht, dass die Kommission die Hüterin der Verträge ist, also eine quasi unpolitische Verwaltungsorganisation, die im Grunde genommen nichts anderes tut, als den Vollzug dessen zu überwachen, was als eine Art technokratische, ökonomistische Sachgesetzlichkeit in den Verträgen festgeschrieben ist, dann ist dieser bloße Vollzug des Binnenmarktes nicht politisch, sondern vorpolitisch. Es gibt derzeit keine Möglichkeit für die Unionsbürger, im europäischen Rahmen um politische Alternativen zu streiten. Die Leute haben das Referendum folglich genutzt, weil sie gespürt haben, dass ihnen das inhärent Politische, nämlich das Sich-Streiten-Können über politische Alternativen in und für Europa, durch den bisherigen institutionellen Aufbau vorenthalten wurde und die Verfassung daran im Grunde genommen kaum etwas ändert. In diesem Sinne war die Verfassungsfrage in der Tat „zu hoch gehängt“. Die Verfassung bleibt, so wie sie präsentiert wurde, in wesentlichen Fragen hinter dem zurück, was ein politisches Europa eigentlich sein müsste.

Schuppert: Herr Preuß, Sie sagen, Europa ist notwendig politisch, denn politisch ist ein Herrschaftsverband dann, wenn er die Aufgaben der Sicherheits- und Wohlfahrtsgewährleistung erbringt. Das könne der Nationalstaat nicht mehr alleine leisten, und deswegen muss Europa diese Aufgaben übernehmen. Ulrich Beck geht sogar so weit zu sagen: „Es gibt Deutschland nicht mehr; ebenso wenig Frankreich, Spanien, Italien, ja selbst Großbritannien. Denn Europa und seine Nationalgesellschaften verflochten, durchmischen, durchdringen sich immer mehr.“⁵ Stimmen Sie dem zu?

Preuß: Dem stimme ich überhaupt nicht zu. Ich halte es für falsch anzunehmen, dass der politische Charakter Europas im Verschwinden der Nationalstaaten besteht. Es ist vielmehr Teil des politischen Charakteristikums Europas, dass die Nationalstaaten gleichsam Pfeiler oder Säulen dieses neuen Gemeinwesens sind. Ich spreche deshalb von Europa als einem Bund. Ich glaube, offensichtlich anders als Herr Grimm, dass die weitere Entwicklung der Verfassung nicht notwendig zu einem Bundesstaat führt. Vielmehr bedeutet der Charakter des Bundes als eines Vertrages zwischen Staaten, der sowohl den Status der Staaten wie auch den Status der Staatsbürger verändert, etwas anderes als ein Bundesstaat, in dem die einzelnen Glieder im Grunde genommen aufgehen und damit „konsumiert“ werden. Die Schwebeelage, die die Kategorie des Bundes zum Ausdruck bringt, setzt dagegen das Fortbestehen der Nationalstaaten voraus, wenn auch nicht, wie bisher, als Herren der Verträge und damit als die eigentlichen völkerrechtliche Subjekte.

Halterm: Herr Preuß, Sie sagen, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger machen das Politische einer politischen Gemeinschaft aus. Das ist in der Tat die Aufgabe einer politischen Gemeinschaft. Gehen Sie damit aber nicht der vorgelagerten Frage aus dem Weg: Wie wird eine Gemeinschaft zur „politischen Gemeinschaft“? Wer sind ihre Bürger? Warum sollte es zum Beispiel einen Griechen interessieren, ob man in Polen genug Geld hat? Warum sollte es eine Ungarin interessieren, ob es in Nordirland sicher ist? Die Wahrung von Sicherheit und Wohlfahrt mag Funktion politischer Gemeinschaften sein, 5 Ulrich Beck, *Europäisierung*, a.a.O., S. 7, vgl. auch Beck/Grande, a.a.O.

aber nicht erklärt ist damit, warum die Bürger sich von dieser in die Pflicht nehmen lassen und solidarisch Opfer tragen (etwa Steuern zahlen), um Sicherheit und Wohlfahrt für andere, ihnen ganz unbekannt Menschen zu gewährleisten. Mit Funktionen kommt man hier nicht weiter, sondern man muss auf die Frage nach dem Zuschnitt des „Wir“ abstellen. Gibt es eine politische Gemeinschaft im „Wir“-Sinne – eine europäische Identität?

Wir stellen uns diese Frage erst seit wenigen Jahren und werden durch die Osterweiterung, den möglichen Beitritt der Türkei und andere Legitimationsfragen dazu gezwungen. Schon der erste Blick auf die EU enthüllt hier ein ungeheures soziales Legitimations- und Identitätsdefizit. Die Umfragen, lieber Herr Pernice, haben nicht ergeben, dass mehr als 50 Prozent der Leute Europa wichtig oder gar toll finden, sondern dass sich die Bürger nach wie vor überhaupt nicht für die europäische Gemeinschaft interessieren. Niemand liest oder versteht die Texte, die in Brüssel produziert werden; europäische Politik ist im Wesentlichen negativ belegt. Die Kommission hat dieses soziale Legitimationsdefizit längst erkannt und sich bei der Suche nach einer Therapie wohl auch mit den diesbezüglich klügsten Werkzeugen der politischen Theorie auseinandergesetzt, mit Benedict Anderson und Eric Hobsbawm.⁶ Beide stellen die These auf, es komme auf Vorstellungen, auf Imagination an. Eine politische Gemeinschaft ist eine imaginierte Gemeinschaft. Und um eine solche Imagination als politische Gemeinschaft herzustellen, hat die Kommission bestimmte Strategien entworfen. Es gibt eine zu oft gespielte, aber zu wenig ergriffene europäische Hymne, die Ode an die Freude aus der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven. Es gibt auch eine europäische Flagge mit zwölf goldenen Sternen vor einem dunkelblauen Hintergrund. Hier betreten wir dezidiert symbolischen Raum. Die Zahl zwölf ist unveränderlich, sie ändert sich nicht mit den zunehmenden Beitritten. Warum? Weil die Zahl zwölf für Perfektion, für Einheit und für das Harmonische, für tiefe Resonanz im Imaginativen steht (zwölf herkulische Aufgaben, zwölf Monate, zwölf Söhne Jakobs usw.). Die Krone der Jungfrau Maria in der Apokalypse hat zwölf Sterne; aus ihr soll der Messias geboren werden. Dieses symbolische Potential versucht die Union sich also zunutze zu machen. Die Grundrechtcharta und die Verfassung sind lediglich ein weiterer Schritt auf diesem Weg der symbolischen Vereinnahmung der Bürger, um das soziale Legitimationsdefizit endlich in den Griff zu bekommen. Die Referenden haben jedoch gezeigt, dass diese Symbole niemanden überzeugen. Niemand bekommt eine Gänsehaut, wenn die Europahymne gespielt wird oder der Europatag gefeiert wird; die Symbole sind hölzern, eine imaginierte Gemeinschaft in Europa ist sehr dünn.

Zum Vergleich: Wie sieht es dagegen mit Integration und sozialer Legitimation im Nationalstaat aus? Auch hier geht es weder primär um Sprache, noch um Religion, noch um Hautfarbe, sondern es geht um Imagination, um die Vorstellung nämlich, mit wem wir zu einer politischen Gemeinschaft verbunden sind. Im Nationalstaat ist diese Imagination zu einer sehr starken Kraft

⁶ Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes*, Ffm 1988; Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Ffm 1992.



herangewachsen. Wir können uns an Zeiten erinnern, in denen Menschen für den Staat singend an die Front gefahren sind, für die Nation getötet haben und gestorben sind. Das ist politische Imagination im Extremfall. Was hinter dieser Legitimation des Nationalstaates steckt, ist weder etwas Präpolitisches, noch Konsens, noch Zwang; was dahintersteckt ist vielmehr Glauben. Und für den Glauben sind Menschen bekanntlich bereit, die erstaunlichsten Dinge zu tun, wie wir gerade in letzter Zeit wieder erleben können. Es ist diese Macht des Glaubens, die Menschen im 20. Jahrhundert zu einer nationalen politischen Gemeinschaft verbunden hat. Dabei spielt die Verfassung eine große Rolle. Sie ist Ausdruck dieser Imagination und natürlich auch Mittel, um die Imagination zu stabilisieren. Im Nationalstaat geschieht dies über den Kernbegriff der Souveränität. Früher war der Souverän der Fürst, in dessen Leib auch der Staat verkörpert war. Seine Legitimation kam von Gott, und Göttliches pflanzte sich in ihm fort. Ihm wurden heilende Kräfte zugeschrieben; wen er berührte, der wurde gesund. Diese Vorstellung haben wir längst hinter uns gelassen, nicht aber den religiös aufgeladenen Begriff der Souveränität. Das Denken vom Souverän hat überlebt, nur der Ort der Souveränität hat sich gewandelt. Heute ist das Volk der Souverän, und auch der Volkssouverän wirkt Wunder, indem er Staaten schafft (durch die Verfassungsgebung) oder zerstört (etwa durch Revolutionen).

Diese Art des Denkens findet sich jedoch nicht in dem Text, den der Verfassungskonvent „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ genannt hat. All diese symbolischen, mythischen, manchmal auch atavistischen Komponenten, die uns nahe gehen und Glauben erzeugen, verkörpert der Verfassungsvertrag nicht. Die Verfassung heißt zwar Verfassung, sie ist aber, jedenfalls im symbolischen Sinne, überhaupt keine Verfassung, sondern bloß eine hölzerne Mogelpackung, der Flagge und der Hymne ähnlich. Die Bürger haben das durchschaut. Dies war deutlich spürbar bei den ablehnenden Referenden in Frankreich und in den Niederlanden. Unter diesen Umständen wäre es befremdlich, die Referenden als „Problem“ zu definieren und ihre Konsequenzen so klein wie möglich halten zu wollen. Die Motive der Abstimmenden in Zweifel zu ziehen ist unredlich; hätten die Franzosen und Niederländer zugestimmt, wäre niemand auf diese Idee gekommen. Die Referenden verließen lediglich der Intention Ausdruck, dass Europas Imagination noch keine tiefe politische Gemeinschaft in Gang gesetzt hat. Statt neue Abstimmungen zu fordern, sollte sich die Kommission glücklich schätzen. Die Bevölkerung Europas ist nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages in einem genuin europäischen Sinne politisiert. Wir sollten nicht davor zurückschrecken, diese Politisierung als etwas Positives zu akzeptieren, auch wenn ihr Ergebnis, das Scheitern des Vertrages, zunächst einmal schmerzhaft ist.

Europa als wirtschaftspolitische Erfindung

Schuppert: Damit, Herr Sabathil, direkt an Sie als „EU-Botschafter“ in Berlin die Frage: Ist die Europäische Union, ist die Kommission glücklich darüber,

dass die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden nicht geglückt sind? Oder sollte sie es wenigstens sein?

Sabathil: Zunächst stimme ich Herrn Grimm vollkommen zu: Es gibt in der Tat keine juristische Notwendigkeit für diese Verfassung; es ist ja auch nur ein Verfassungsvertrag. Es gab aber auch keine juristische Notwendigkeit für die neue Justiz- und Innenpolitik der EU, es gab sogar keine juristische Notwendigkeit für die EU an sich. Überhaupt war die europäische Integration keine Kopfgeld aus der Jurisprudenz, auch wenn wir Europa heute hauptsächlich als Rechtsgemeinschaft erleben, sondern die EU war eine wirtschaftspolitische Erfindung. So gesehen war die Gründung der Montanunion 1952 einfach eine Lehre aus dem gescheiterten Ruhrstatut nach dem Ersten Weltkrieg. Bereits Walter Hallstein stellte zu Recht fest: Europa gehorcht einer Sachlogik – ich möchte fast sagen, einer Marktlogik –, und die treibenden Kräfte der europäischen Integration sind eben keine juristischen, und sie sind auch nur teilweise politischer, sondern sehr stark wirtschaftlicher Natur.

Trotz des vorläufigen Scheiterns der Verfassung: Europa geht weiter, schon weil die Probleme der Europäer, und das ist der Alltag, auch weiter gehen. In diesem Sinne hat die Kommission, die ja nicht nur Hüterin, sondern auch Reformmotor Europas ist, das „Scheitern“ der Verfassung durchaus verstanden, weil sie schlicht gezwungen ist, weiter zu funktionieren – auch wenn es ebendiese Verfassung vielleicht erst in weiter Ferne geben wird. Glücklicherweise funktioniert der Nizza-Vertrag besser als man sich das noch vor zwei Jahren vorgestellt hat. Und auch die Erweiterung hat bisher recht reibungslos funktioniert. Von daher glaube ich durchaus, dass wir auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Identität sind. Heute kann man in ganz Europa schon eine sehr starke Korrelation nicht nur des Politischen und des Wirtschaftlichen, sondern auch des Kulturstiftenden feststellen, also der Lebenswirklichkeit an sich. Europäische Identität kommt eben nicht primär durch Verfassungstexte, sondern auch dadurch zustande, dass wir heute dank der europäischen Integration eine ungeahnte Zahl von Billigflügen und Billiganrufen über den ganzen Kontinent tätigen können. Dadurch können die Europäer Europa heute sehr viel intensiver erfahren, als sie das jemals in der Geschichte konnten, weil dieser Kontinent eben nicht nur grenzenloser geworden ist, sondern sich bis in die Popkultur, bis ins tägliche Leben hinein geöffnet und angenähert hat.

Von daher ist mir auch nicht bange um die Frage „Wie geht es verfassungspolitisch in Europa weiter?“ Der größte Fehler der Verfassung und der entscheidende Grund ihres Scheiterns war der Zeitpunkt. Sie passte einfach nicht in diese Zeit der wirtschaftlichen Krise, in der sich insbesondere Frankreich, Italien und auch Deutschland derzeit befinden. In Frankreich hat sie die Bürgerinnen und Bürger schlichtweg überfordert. In diesen Zeiten großer Sorge um Arbeitsplätze und um Pensionen konnten die Bürger mit dem Konzept der Verfassung sehr wenig anfangen. Hinzu kommt, dass, laut Umfragen, in den Niederlanden und in Frankreich wie in Spanien und wahrscheinlich auch in Luxemburg, bloß 20 Prozent der Wähler über die Verfassung abgestimmt haben und 80 Prozent über ganz etwas anderes.



Für einen Abgesang auf die europäische Verfassung ist es deshalb viel zu früh. Verfassungen sind bekanntlich nicht das leichteste Unterfangen, sondern hohe staatspolitische Kunst. Wir wissen, dass die amerikanische Verfassung zwölf Jahre gebraucht hat, um dann schließlich trotz Gegenstimmen einzelner der damals 13 Bundesstaaten verabschiedet zu werden. Wir sollten auch nicht übersehen, dass heute bereits 13 Länder, bis Ende des Jahres werden es 15 sein, die Verfassung ratifiziert haben. Und es kann ja wohl nicht sein, dass die Franzosen und Niederländer auch für die Deutschen, Dänen, Tschechen und Engländer abgestimmt haben. Nein, alle müssen sich darüber aussprechen. Insofern waren die Verfassungsväter ganz pragmatisch, als sie sagten, „wir wollen erst mal schauen, ob wir auf die Zahl von 20 ratifizierenden Staaten kommen und dann beschäftigen wir uns weiter damit“. Die Verfassung ist also noch nicht tot. Sie wird aber aus meiner Sicht nur unter anderen wirtschaftlichen Vorzeichen Wirklichkeit werden – hoffentlich in kurzer Zeit. In einhalb Jahren, zur Zeit der deutschen Präsidentschaft, werden die römischen Verträge 50 Jahre alt. Warum sollte gerade Europa von einer Midlife-Crisis verschont bleiben? Denn in der befinden wir uns derzeit.

Dennoch: Ich kenne kein Gegenmodell und keine Alternative zur EU. Die Alternativlosigkeit der europäischen Integration wird uns vielleicht gerade in diesen Zeiten der Verfassungskrise bewusst, die eben weit mehr ist als eine Verfassungskrise, nämlich eine Wirtschafts-, politische Vertrauens- und auch Führungskrise, weil die Politiker zwar oft wissen, was sie tun sollen, und es dennoch nicht tun können, weil sie wiedergewählt werden wollen. Europa, und Brüssel speziell, ist aber nur das Spiegelbild der Wirklichkeit in den Mitgliedstaaten. In Brüssel kann keine bessere Politik gemacht werden als in Paris, Berlin, Prag oder Helsinki. Die Chance in der Krise besteht deshalb darin, dass die Europäer sich auf den Kern und Ausgangspunkt der Integration besinnen, nämlich auf Wirtschaft und Wachstum.

Schuppert: Bedeutet das nicht, ironisch gewendet, dass man Verfassungsreferenden nur in ökonomischen Schönwetter-Zeiten durchführen sollte, weil dann das Risiko ihres Scheiterns geringer ist? Und noch einmal zu ihrem Bild der Billigflieger: Laufen wir bei einem derartigen Selbstverständnis der EU nicht Gefahr, um es mit Heribert Prantl zu formulieren, zu einer Gemeinschaft der „Großbanken und Pfeffersäcke“ und nicht der Bürger zu werden?⁷

Sabathil: Ich hab das natürlich bewusst überspitzt, aber ich stehe dazu: Das Europa der Bürger ist auch das Europa der Billigtelefonierer und der Billigflieger, genau so wie es das Europa der Bauern oder die Rechtsgemeinschaft und der Tummelplatz verfassungswissenschaftlicher Auseinandersetzungen ist.

Schuppert: Herr Grimm, wenn Sie den Fortgang der Verfassungsdebatte ins Auge fassen, wie sieht Ihre Prognose aus?

Grimm: Ich nehme an, dass der Verfassungsvertrag in dieser Form nicht wieder auflebt, sondern dass einige Teile auf konventionelle Weise in die bestehenden Verträge integriert werden. Damit sollte man sich aber noch nicht zufrieden geben. Eine der wichtigsten europäischen Verfassungsfragen,

7 Heribert Prantl, in: „Süddeutsche Zeitung“, 29.10.1999.

nämlich eine klare Ebenendifferenzierung und Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten, ist im Konvent ungelöst geblieben. Sie hat aber etwas mit der Akzeptanz Europas bei den Unionsbürgern zu tun. Der Verlust nationaler Selbstbestimmung und die Bereitschaft zu europäischer Vereinheitlichung stoßen an Grenzen. Der Konventsentwurf war keine Verfassung der Unionsbürger. Und das merkt man ihm vielleicht auch an.

Preuß: Um am schönen Bild des Billigfliegers anzuknüpfen. Herr Sabathil erweckte den Eindruck, als wäre Europa so etwas wie ein technisches Uhrwerk, dass ein bisschen ins Stottern geraten ist, aber im Grunde genommen einen ganz klaren Auftrag hat, nämlich die wirtschaftliche Integration. Aus dieser Zeit sind wir jedoch längstst heraus, ein derart unpolitisches Europa können wir uns schlicht nicht mehr leisten. Brüssel trifft heute Entscheidungen, die so tief in einzelne Nationalstaaten und in die Existenz der Individuen eingreifen, dass der politische Konflikt ein notwendiges Element Europas geworden ist. Nur haben wir darauf noch keine adäquate Verfassungsantwort.

Joas: Vielleicht machen Sie es sich in der Tat zu einfach, Herr Sabathil, wenn Sie sagen, diese Referenden sind einfach gescheitert, weil die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung in diesen Ländern zu groß waren. Warum unterteilen sie nicht, dass es starke Gegenmotive geben könnte, die zu Engagement für Europa und sogar zur Inkaufnahme wirtschaftlicher Nachteile führen? Es gibt schließlich genügend Beispiele dafür, dass das Wahlverhalten nicht einfach von einer wirtschaftlichen Interessenlage abhängt. Auch für Europa hat schließlich die symbolische Dimension, entgegen ihrer Darstellung, in den 50er und 60er Jahren eine entscheidende Rolle gespielt. Damals ging es eben nicht nur um die wirtschaftliche Dimension, sondern natürlich ganz stark um die Dimension der Kriegsverhinderung.

Sabathil: Ich möchte keineswegs in Abrede stellen – sonst wäre ich nicht seit über 20 Jahren in Brüssel tätig –, dass es dort um Frieden und Werte geht. Dennoch ist die Instrumentalfunktion der Wirtschaft für diese Integration meines Erachtens unumstößlich. Ohne die Wirtschaftsintegration der Montanunion in den 50er Jahren wären auch die anderen Ziele nicht befördert worden. Wenn umgekehrt die Wirtschaftsintegration nicht funktioniert, sondern sich in krisenhaften Entwicklungen zuspitzt, werden folglich auch die anderen Ziele sehr stark in Frage gestellt, weil den europäischen Bürgern das Hemd einfach näher ist als die Hose. Der Friedensgedanke reicht leider im Bewusstsein gerade der jungen Generation als Rechtfertigung und Paradigma der europäischen Integration nicht mehr aus; die europäischen Bürger wollen heute diesen wirtschaftlichen Mehrwert sehen. Wir haben uns vielleicht zu sehr an den Frieden gewöhnt, er ist selbstverständlich geworden, genauso wie Wohlergehen und Wohlstand. Und wir haben vergessen, das Europa beides erst ermöglicht hat. Positiv am Scheitern könnte deshalb die Erkenntnis sein, dass vermehrte Anstrengungen aller Mitgliedstaaten notwendig sind, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen. Das Stichwort lautet hier Lissabon mit seinem Ziel, wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Das könnte es uns ermöglichen, die Verfassung wieder auf einen guten Weg zu bringen. Wir haben also einen weiteren



Grund, uns wirtschaftspolitisch anzustrengen, weil wir sonst die Verfassung vielleicht nicht retten können. Auch wenn wir uns das alles im Jahr 2000 auch etwas anders vorgestellt haben: Wenn Sie so wollen, ist die Verfassung wie die Lissabon-Strategie aus der Euphorie der New Economy geboren und sie ist genauso wie die New Economy eben in den letzten Jahren abgestürzt.

Pernice: Über all den ökonomischen Problemen dürfen wir aber auch die politischen nicht vergessen. Bedenken wir eins: Alle wichtigen politischen Leader – Schröder, Chirac, Berlusconi – waren zum entscheidenden Zeitpunkt in der Krise, Blair hatte gerade nur knapp seine Wahlen gewonnen. Die Chance, die Bevölkerung in einer solchen Situation für das große Projekt der Europäischen Verfassung zu motivieren, war folglich nicht besonders groß. Ob wir bis Juni 2006, wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs erneut zusammenkommen, wieder handlungsfähig sind, wird man abwarten müssen. Zuerst müssen sich die Franzosen über ihre weitere politische Zukunft klar werden. Ihre Wahlentscheidung 2007 wird den weiteren Prozess jedenfalls erleichtern. Vielleicht wird bis dahin ja auch in Großbritannien die Nachfolge Tony Blairs geklärt sein. In jedem Fall haben wir bis 2007 kein Denkverbot. Und dann entscheidet hoffentlich auch nicht der von Herrn Haltern beschworene Glaube an Europa. Ich hab da ehrlich gesagt ein bisschen Angst bei der Vorstellung, dass das alles eine Frage der Imagination sein soll und dass Verfassung letztlich auf der Bereitschaft basiert, dem Staat sein Leben zu schenken und dafür zu kämpfen. Ich dachte, wir hätten diese Vorstellung hinter uns gelassen, und würde meinerseits die Verfassung gerne als ein rationales Projekt verstehen, mit dem wir auf die Geltung und Beachtung des Rechts vertrauen und gemeinsam Herrschaft legitimieren können.

Haltern: Ich muss gestehen, ich bin verwundert über das hier zum Teil geäußerte Demokratieverständnis. Den direktdemokratisch geäußerten Willen als unvernünftig zu missachten, wäre ein demokratisch hochproblematischer Vorgang. Demokratien sind nicht die Herrschaft von Philosophen-Königen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie zwar einerseits vernünftige Entscheidungen hervorbringen wollen; doch müssen diese andererseits dem Willen des Volkes entsprechen. Alle Entscheidungen müssen diese Spannung aushalten. In Europa allein auf die Vernunft zu setzen, wäre undemokratisch. Darüber hinaus sind auch Entscheidungen, die in repräsentativen Verfahren gefällt werden, nicht widerspruchsfrei und vernünftig, sondern gehen manchmal aus sachunangemessenen Motivbündeln hervor. Schließlich ist auch gar nicht ausgemacht, was in der momentanen Situation für Europa das „Vernünftige“ ist. Jetzt das zynische Signal zu senden, die Referenden zu missachten, halte ich für hochproblematisch. Außerdem ist es rechtswidrig: Art. IV-447 Abs. 2 des Verfassungsvertrages besagt ausdrücklich, dass der Verfassungsvertrag in Kraft tritt, wenn alle Ratifikationsurkunden hinterlegt werden. Frankreich und die Niederlande haben das abgelehnt, damit ist das Inkrafttreten ausgeschlossen. Das ist die Rechtslage. Hieran kann man – politisch motiviert – herummanipulieren. Ob dies ein politisch kluges Vorgehen wäre, bezweifle ich allerdings. Das soziale Legitimationsdefizit wird die Union immer einholen.